

REFORM DER RECHTS- UND HANDLUNGSFÄHIGKEIT IN PERU

ALBERTO VASQUEZ


JUNI 2019

KONTEXT



- Republik Peru
- Prääsidentielle Demokratie
- Bevölkerung: 30 Mio.
- Menschen mit Behinderung: 1.5 Mio.
- General Law on Person with Disabilities (2012)
[Allg. Gesetz für Menschen mit Behinderungen]
- Römisch-germanische Rechtstradition

PERU – VERWEIGERUNG DER RECHTS- UND HANDLUNGSFÄHIGKEIT

- Zivilgesetzbuch erklärt eine Reihe von Personengruppen als handlungsunfähig
 - Zustandsbasierte Herangehensweise zur Rechts- und Handlungsfähigkeit
 - Vormundschaft
 - Prozedurale Rechte während Gerichtsverfahren verweigert
 - Verweigerung weiterer Rechte
(Recht auf Eheschliessung, politische Rechte, Testamentsfähigkeit)
 - ‘Faktische’ Aberkennung der Rechts- und Handlungsfähigkeit
- 



“Gesetzeserlass anerkennt und regelt die gleichberechtigte Rechts- und Handlungsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen”



in Kraft seit dem 24. September 2018

Zivilgesetzbuch

Zivilprozessrecht

Notariatsrecht



Kongress delegiert gesetzgebende Gewalt an die Exekutive (Gesetz Nr. 30823)



Reform
normativer
Regelwerke:



wird begrüsst durch:
Hochkommissariat für Menschenrechte,
Interamerikanische Menschenrechtskommission,
UN-Sonderberichterstatter über die Rechte von
Menschen mit Behinderungen u. a.

GESETZES- ERLASS NR. 1384

WAS HAT DIE REFORM ERREICHT?

- Volle Anerkennung der Rechts- und Handlungsfähigkeit für alle Erwachsenen mit Behinderungen (Art. 3 u. 42 CC)
- Anerkennung des Rechts auf angemessene Vorkehrungen bei der Ausübung der Rechts- und Handlungsfähigkeit (Art. 45 CC)
- Einführung unterstützender Massnahmen zur Ausübung der Rechts- und Handlungsfähigkeit (Art. 659-D, 659-E, 659-F CC)
- Aufbau eines flexiblen Systems zur Sicherung dieser Rechte (art. 659–G CC)
- Gleichberechtigter Zugang zur Rechtsprechung und zu Notaren

VOLLE RECHTS- UND HANDLUNGSFÄHIGKEIT FÜR ERWACHSENE MIT BEHINDERUNGEN

- Abschaffung von durch Behinderung begründeter Vormundschaft
- Alle volljährigen Menschen mit Behinderungen sind gleichberechtigt rechts- und handlungsfähig.
- Die Handlungsfähigkeit umfasst alle Lebensbereiche: Vertragsschliesung, vererben, Eheschliessung, Elternschaft u. a.
- Unterstützung erfolgt freiwillig (659-A, 659-B). Niemand kann verpflichtet werden, Unterstützung zur Ausübung der Handlungsfähigkeit in Anspruch zu nehmen.



RECHT AUF ANGEMESSENE VORKEHRUNGEN BEI DER AUSÜBUNG DER HANDLUNGS- FÄHIGKEIT

- Angelegt im
General Law of Persons with Disabilities
[Allgemeinen Gesetz für Menschen mit
Behinderungen]
- Änderungen und Anpassungen sind erforderlich
und angebracht, um die Ausübung der
Handlungsfähigkeit von Menschen mit
Behinderungen im Einzelfall sicherzustellen.
- Diese umfassen Massnahmen für Zugänglichkeit
zur Umwelt, Kommunikation und Information
sowie die Nutzung informeller Unterstützung
und weitere Anpassungen.
- Die Verweigerung dieser angemessenen
Vorkehrungen ist diskriminierend. Beteiligte
können unverhältnismässige oder unzumutbare
Vorkehrungen ablehnen.

UNTERSTÜTZENDE MASSNAHMEN ZUR AUSÜBUNG DER HANDLUNGSFÄHIGKEIT

Einseitige Bestimmung von Unterstützung (Art. 659-D)	Notariell oder gerichtlich; mit oder ohne Vertretung
Zukünftige Bestimmung von Unterstützung (Article 659-F)	Notariell. Betroffene Person bestimmt, wann die Unterstützung zur Anwendung kommt
Ausserordentliche gerichtliche Bestimmung (Article 659-E)	Nur bei Personen, die im Koma sind oder Ihren Willen nicht äussern können

ERWARTETE AUSWIRKUNGEN

Massnahmen	Erwartete Auswirkungen
Angemessene Vorkehrungen	niedriger Unterstützungsbedarf
Patientenverfügung	Fortschreitende Beeinträchtigung
Unterstützungsvereinbarungen	niedriger & mittlerer Unterstützungsbedarf
Gerichtliche Bestimmung	Härtefälle

EIGENSCHAFTEN VON UNTERSTÜTZUNGS- MASSNAHMEN

- Unterstützungsangebote, die die Ausübung der Handlungsfähigkeit ermöglichen:
bei der Kommunikation, bei der Beurteilung der Rechtshandlungen und deren Folgen sowie bei der Bildung und Interpretation des Willens
- Für jede volljährige Person mit und ohne Behinderungen
- Freiwillig: die/der Betroffene bestimmt Form, Ausmass, Dauer und Häufigkeit (ausgenommen: ausserordentliche gerichtliche Bestimmungen)
- Es können ein oder mehrere Individuen oder Rechtspersonen ernannt werden.
- Eine Vertretungsvollmacht ist nicht eingeschlossen (falls nicht ausdrücklich erwähnt).



SICHERUNGSMASSNAHMEN

- sollen garantieren, dass die Rechte, der Wille und die Präferenzen der betreffenden Person geachtet, und Missbräuche und unzulässige Einflussnahme verhindert werden
- Unterstützungsmassnahmen sind situativ und freiwillig ausgerichtet. Das Gericht bestimmt ausserordentliche Unterstützungsmassnahmen.
- Jedes Unterstützungssystem (notariell oder gerichtlich) muss mind. einen Zwischenbericht einschliessen.
- Anhaltspunkte für "mutmasslichen Willen": Lebensverlauf, frühere Willensäusserungen in vergleichbaren Zusammenhängen, Auskünfte von vertrauenswürdigen Personen, Präferenzen und andere sachdienliche Informationen

PROZESSUALE UND NOTARIELLE ASPEKTE

- Anerkennung des Rechts auf prozessuale Vorkehrungen von Menschen mit Behinderungen bei allen Gerichtsverfahren
- Das Gerichtsverfahren zur Bestimmung der Unterstützung ist ein nicht-streitiges Verfahren.
- Das Urteil soll in einfacher Sprache verfasst sein.
- Notare sind verpflichtet freien Zugang, angemessene Vorkehrungen und Sicherungen zu gewährleisten.



EINSCHRÄNKUNGEN

- Gesetzgebungstechnik
(bspw. Haftungsregelungen)
- schliesst andere Vormundschaftsfälle aus:
Suchtbetroffene, "Verschwender",
"schlechte Manager", "Freiheitsberaubter"
- Regelungen zu Menschen im Koma
widersprüchlich
- evtl. mehr Anleitung zur Entwicklung von
Sicherungsmaßnahmen erforderlich
- No "vacation legis" – Systeme stehen
nicht bereit
- fehlende Verbindung mit anderen
Rechtsgebieten (bspw. Gesundheitsrecht)



WIE GELANG DIE REFORM IN PERU?



- Vorschlagsfreudige Zivilgesellschaft und Offenheit der Behörden
- Langzeitstrategie:
10 Jahre Lobbyarbeit

Fortsetzung

WIE GELANG DIE REFORM IN PERU?

Fortlaufende Entwicklung:

- Vorschlag eines Rahmens für neue Behindertengesetzgebung (2009)
- General Law of Persons with Disabilities [Allg. Gesetz für Menschen mit Behinderungen] (2012)
- Parlamentarischer Ausschuss mit unterschiedlichen Interessenvertretern zur Überprüfung des Zivilgesetzbuches (2014)
- Gesetz mit Unterstützung zahlreicher Parteien (2016)
- Regierungsverordnung (2018)

Kongress

Gerichtssystem

Wissenschaft

Zivilgesellschaft

Pilotprojekte

Familien

Medien

Internationale Zusammenarbeit

VORGEHEN
AUF
MEHREREN
EBENEN

ERFOLGSFAKTOREN

- Existenz einer organisierten und diversen Zivilgesellschaft
- Eine gemeinsame Agenda (BRK)
- Führung mit einer systemischen Vision
- Strategische Bündnisse, auch mit der Regierung
- Erfolgreiche Nutzung günstiger Gelegenheiten
- Fördermittel





BESTEN DANK

AVASQUEZE@GMAIL.COM